



Stuttgart/Böblingen, 20.10.2022

Festrede Uwe Meinhardt – Jubilarehrung 2022

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

einige von euch sind tatsächlich vor siebzig Jahren, 1952, in unsere Gewerkschaft, die IG Metall eingetreten. Ihr habt als Kinder Nazi-Herrschaft, den Krieg, die Befreiung vom Faschismus und die ersten Überlebensjahre nach der Katastrophe des Krieges erlebt. Und seid in einem Jahr ins Berufsleben eingetreten, das für die Entwicklung des noch jungen Nachkriegsdeutschland richtungsweisend war.

Die Welt entwickelte sich politisch in den Gegensatz zwischen Ost und West, deutlich und brutal markiert durch den Koreakrieg, der bereits ins dritte Jahr ging. Ein britischer Bericht beschrieb Nordkorea damals als eine „Wildnis aus verbrannter Erde.“ Erst Mitte 1953 wurde ein Waffenstillstand beschlossen. Noch heute sind Nord- und Südkorea getrennt und verfeindet.

Vor diesem Hintergrund betrieb der damalige Bundeskanzler Konrad Adenauer konsequent die Westbindung der Bundesrepublik und lehnte das Angebot Stalins ab, mit einem neutralen, vereinten Deutschland einen Friedensvertrag abzuschließen. Kurt Schumacher, damals SPD-Vorsitzender, lehnte diesen Weg vehement ab, weil er der Wiedervereinigung beider deutscher Staaten absoluten Vorrang gab, konnte sich mit dieser Position aber nicht durchsetzen. Bis heute ist unter Historikern umstritten, ob es unter den damaligen politischen Rahmenbedingungen tatsächlich die Möglichkeit eines neutralen, wiedervereinigten Deutschlands gegeben hat.

Faktisch aber wurde 1952 der sogenannte Deutschlandvertrag zwischen den westlichen Alliierten Frankreich, Großbritannien, den USA und der Bundesrepublik abgeschlossen, der das bis dahin geltende Besatzungsstatut ablöste und Deutschland eine – wenn auch begrenzte – Souveränität zusprach. Mit der Anerkennung staatlicher Hoheitsrechte wurde der frühere Kriegsgegner als gleichberechtigter Partner in die Völkergemeinschaft

**Herausgegeben von der
IG Metall Stuttgart**

V.i.S.d.P./Verantwortlich nach § 18 Abs. 2 MStV:
Nadine Boguslawski,
1. Bevollmächtigte IG Metall Stuttgart,
Theodor-Heuss-Str. 2,
70174 Stuttgart,
Kontakt: stuttgart@igmetall.de



aufgenommen – und verpflichtet sich einen Tag später, im Rahmen der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft EVG einen militärischen Beitrag zu einer gemeinsamen europäischen Armee zu leisten. Allerdings scheiterte das Projekt EVG 1954 in der französischen Nationalversammlung. Die Angst vor einem wieder bewaffneten Deutschland war damals in Frankreich noch sehr groß und greifbar.

Entscheidend für die wirtschaftliche Entwicklung der jungen Republik aber war das Inkrafttreten des Vertrags über die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl am 23. Juli 1952, die sogenannte Montanunion. Darin unterstellten Frankreich, Italien, die BeNeLux-Länder und Deutschland ihre gesamte Kohle- und Stahlproduktion einer gemeinsamen Kontrolle. Ziele waren die Förderung von Wachstum und Beschäftigung im Montanbereich, ein gemeinsamer Markt für Kohle und Stahl sowie ein unverzerrter Wettbewerb. Als erste supranationale Institution in Europa war die EGKS unbestritten der Vorläufer der späteren Europäischen Gemeinschaft und der heutigen Europäischen Union.

Und eingebettet in die Entstehungsgeschichte der Montanunion wurde in Deutschland bereits 1951 die Montanmitbestimmung gesetzlich verankert, bis heute die einzige wirklich paritätische Mitbestimmung, ohne das Doppelstimmrecht des Aufsichtsratsvorsitzenden als Vertreter der Anteilseigner. Und mit der Position des Arbeitsdirektors, der von der Arbeitnehmerseite benannt wird und als Mitglied der Geschäftsführung nicht gegen die Stimmen der Arbeitnehmer abberufen werden kann. Aber auch die Montanmitbestimmung kam nicht ohne Kampf in die Welt. Lauteten doch die Kernforderungen beim Gründungskongress des DGB 1949: Mitbestimmung der Arbeitnehmer in allen Fragen und auf allen Ebenen sowie Überführung der Schlüsselindustrien wie Kohle und Stahl in Gemeineigentum. Denn vor allem die Großindustrie hatte Hitlers Krieg angeheizt und von ihm profitiert. Nachdem die Adenauer-Regierung dies ablehnte, riefen die IG Metall und die IG Bergbau 1950 zur Urabstimmung auf. Die Machtdemonstration war so überwältigend, dass ein Streik nicht mehr nötig war. Am 18. April 1951 wurde die Montanmitbestimmung im Bundestag verabschiedet.

**Herausgegeben von der
IG Metall Stuttgart**

V.i.S.d.P./Verantwortlich nach § 18 Abs. 2 MStV:
Nadine Boguslawski,
1. Bevollmächtigte IG Metall Stuttgart,
Theodor-Heuss-Str. 2,
70174 Stuttgart,
Kontakt: stuttgart@igmetall.de



Vor dem Hintergrund des erfolgreichen Kampfes um die Montanmitbestimmung stand 1952 die Betriebsverfassung auf der Tagesordnung. Konrad Adenauer wollte nach der Montanmitbestimmung von soviel Einfluss der Beschäftigten und Gewerkschaften nichts mehr wissen. Der von ihm vorgelegte Gesetzentwurf entsprach bei weitem nicht unseren Vorstellungen, weshalb die Gewerkschaften zu massiven Protesten aufriefen. Allein die IG Metall führte am 15. und 16. Mai Kundgebungen in Braunschweig, Köln, Düsseldorf, Hamburg und Mannheim durch. Dabei handelte es sich praktisch um kurze politische Streiks, da die circa 350.000 teilnehmenden Kolleginnen und Kollegen vorzeitig ihre Arbeitsplätze verlassen hatten.

Ein zusätzlicher Streik der Drucker am 28. und 29. Mai, der an beiden Tagen dafür sorgte, dass keine Tageszeitungen erscheinen konnten, wurde zum Anlass genommen, politische Streiks gerichtlich für illegal zu erklären.

Aufgrund der Proteste signalisierte Adenauer Kompromissbereitschaft, weshalb der Deutsche Gewerkschaftsbund am 4. Juni beschloss, alle geplanten Aktionen zum 10. Juni abzusagen. Das war ein Fehler. Denn der Bundestag beschloss nach der Sommerpause den ursprünglichen Entwurf ohne jede Änderung. Eine Wiederaufnahme der Proteste war angesichts eines beschlossenen Gesetzes im Herbst nicht mehr möglich. Das Betriebsverfassungsgesetz fiel weit hinter die Montanmitbestimmung zurück. Die Mitbestimmung blieb auf soziale Angelegenheiten beschränkt. Die Arbeitgeber, von denen nicht wenige in den Jahren nach 1933 zu gerne Adolf Hitler und der NSDAP gefolgt waren, konnten gesetzlich abgesichert, in allen wirtschaftlichen Fragen frei schalten und walten. Die Betriebsräte wurden auf den Betriebsfrieden verpflichtet. Betriebliche Mitbestimmung und Gewerkschaften waren strukturell getrennt.

Die Niederlage war offensichtlich. Im DGB gab es heftige Konflikte, die auf dem DGB-Bundeskongress im Oktober gipfelten. Auch auf dem Gewerkschaftstag der IG Metall in Stuttgart gab es heftige Kritik. Willi Bleicher, damals Göppinger Bevollmächtigter, sagte dazu: „[...] wenn wir in diesen Kampf eingetreten wären, auch unter der Gefahr einer eventuellen Niederlage, wir hätten sie kämpfend erlebt.“ Damit sprach er vielen Metallern und Metallern aus dem Herzen. Auf diesem Gewerkschaftstag wurde Otto

Herausgegeben von der
IG Metall Stuttgart

V.i.S.d.P./Verantwortlich nach § 18 Abs. 2 MStV:
Nadine Boguslawski,
1. Bevollmächtigte IG Metall Stuttgart,
Theodor-Heuss-Str. 2,
70174 Stuttgart,
Kontakt: stuttgart@igmetall.de



Brenner, damals Bezirksleiter von Hannover, zum Vorsitzenden der IG Metall gewählt und blieb es bis zu seinem Tod 1972.

Wirtschaftlich geht es 1952 aufwärts, die Wirtschaft wächst und ihr, Metallerinnen und Metaller, setzt Lohnerhöhungen durch. Erstmals seit dem Krieg sind Beschäftigte in der Industrie in der Lage, mit einem durchschnittlichen Monatseinkommen von 370 Mark eine Familie zu ernähren. Ein Drittel von ihnen sind Frauen, davon 30% verheiratet. Eingruppiert sind diese dreifach belasteten Frauen, die Erwerbstätige, Hausfrauen und Mütter in einem sind, in Frauenlohngruppen – sie verdienen deutlich weniger als ihre männlichen Kollegen.

Und bei allen politischen und tariflichen Kämpfen gewinnt das Private an Bedeutung. Die Menschen sehnen sich nach einem harmonischen Familienleben, einem schönen und gepflegten Heim und vielleicht irgendwann ein eigenes Auto. Ein Ford Taunus 12 M zum Beispiel, eine der automobilen Neuheiten 1952. 38 PS, 110 Stundenkilometer Spitze und 8 Liter Durchschnittsverbrauch, aber mit einem Preis von 7350 Mark für die meisten doch noch unerschwinglich.

1952 ist auch die Geburtsstunde des Ländles, oder auch „the länd“, wie es in der aktuellen Landeswerbung leicht dümmlich heißt, denn durch die Vereinigung der drei Länder Baden, Württemberg und Württemberg-Hohenzollern entsteht das Bundesland Baden-Württemberg.

Und noch eine sportliche Randnotiz: Der VfB Stuttgart wird 1952 Deutscher Fußballmeister. Siebzig Jahre später sind wir davon gefühlte Lichtjahre entfernt – aber jetzt haben sie ja einen neuen Trainer und endlich den ersten Sieg in dieser Saison. Zehn Jahre später, in unserem zweiten heutigen Jubiläumjahr 1962, spitzt sich der Ost-West-Konflikt in Gestalt der Kuba-Krise dramatisch zu. Mit der Stationierung von Mittelstreckenraketen samt Atomsprenköpfen auf Kuba will der sowjetische Staats- und Parteichef Nikita Chruschtschow den USA buchstäblich vor Augen führen, dass auch sie nicht unangreifbar sind. Schließlich hatten die USA bereits seit 1959 in Italien und der Türkei atomar bestückte Mittelstreckenraketen stationiert, die auf die Sowjetunion gerichtet waren.

**Herausgegeben von der
IG Metall Stuttgart**

V.i.S.d.P./Verantwortlich nach § 18 Abs. 2 MStV:
Nadine Boguslawski,
1. Bevollmächtigte IG Metall Stuttgart,
Theodor-Heuss-Str. 2,
70174 Stuttgart,
Kontakt: stuttgart@igmetall.de



Der junge und charismatische US-Präsident John F. Kennedy fordert ultimativ den Rückzug der sowjetischen Atomraketen, verhängt eine Seeblockade gegen Kuba und droht mit einer militärischen Intervention. Für kurze Zeit steht die Welt unmittelbar vor dem Beginn eines dritten – atomar geführten – Weltkriegs – und nimmt das auch so wahr. Denn die Auseinandersetzung wurde offensiv in den damaligen Massenmedien Rundfunk und Fernsehen geführt.

Am 22. Oktober hält Kennedy eine der dramatischsten Fernsehansprachen der Geschichte, in der er ankündigt, dass die USA jede Nuklearrakete mit einem Gegenschlag beantworten würden.

Am 26. Oktober spricht Konrad Adenauer im deutschen Funk und Fernsehen von der gefährlichsten Krise seit 1945 und rät den Deutschen, Ruhe zu bewahren. Man stehe zu den Verbündeten.

Am 27. Oktober attackiert ein US-Zerstörer ein sowjetisches U-Boot, das mit einem nuklearen Torpedo bewaffnet ist. Der russische Kapitän befiehlt den Einsatz dieses Torpedos, aber der Offizier Wassili Archipow verhindert, dass auf den Knopf gedrückt wurde und bewahrt die Menschheit damit vermutlich vor dem dritten Weltkrieg.

Die Auflösung der höchst gefährlichen Situation wurde damals aber nur teilweise öffentlich. Offiziell gab Chruschtschow der amerikanischen Interventionsdrohung nach und zog die Atomraketen aus Kuba ab. Inoffiziell erklärten sich die USA bereit, ihrerseits die atomaren Raketenbasen in der Türkei abzubauen, was damals aber nicht veröffentlicht wurde. Letztendlich – und das ist aus heutiger Sicht wichtig – überwog auf beiden Seiten die Einsicht, dass es auf keinen Fall einen Atomkrieg geben darf. In der Konsequenz wurde eine direkte Krisenverbindung zwischen dem Kreml und dem Weißen Haus eingerichtet, der sogenannte „Heiße Draht“.

In Deutschland entwickelte sich der Konflikt um die sogenannten Notstandsgesetze. Laut Kanzler Adenauer wäre eine Notstandsgesetzgebung Voraussetzung, um die im Deutschlandvertrag mit den Alliierten vereinbarte Macht eines souveränen Staates über

Herausgegeben von der
IG Metall Stuttgart

V.i.S.d.P./Verantwortlich nach § 18 Abs. 2 MStV:
Nadine Boguslawski,
1. Bevollmächtigte IG Metall Stuttgart,
Theodor-Heuss-Str. 2,
70174 Stuttgart,
Kontakt: stuttgart@igmetall.de



seine inneren und äußeren Angelegenheiten zu erlangen. Ein erster Entwurf sah vor, dass der Notstand durch einfache Mehrheit des Bundestages, bei Gefahr im Verzuge sogar durch den Bundeskanzler alleine festgestellt werden könne. Zudem sollten wesentliche Grundrechte, wie das Recht auf freie Meinungsäußerung, auf Versammlungsfreiheit, auf Vereinigungsfreiheit, Freizügigkeit und Berufsfreiheit außer Kraft gesetzt werden können. Wie ein Großteil der Bevölkerung lehnte auch die IG Metall ein solches Vorhaben auf ihrem Gewerkschaftstag 1962 vehement ab.

Diese tiefe innenpolitische Auseinandersetzung zog sich über Jahre hinweg bis in den berühmten Mai 1968, als 40.000 Studentinnen und Studenten mit einem Sternmarsch nach Bonn gegen die Notstandsgesetze protestierten und den DGB mit seinen Einzelgewerkschaften zum Generalstreik aufforderten. Der allerdings kam dieser Aufforderung nicht nach, weil die Beschäftigten wie die Gesamtbevölkerung in dieser Frage durchaus gespalten waren. Dennoch kam es in vielen Betrieben, auch in Metallbetrieben, zu spontanen Arbeitsniederlegungen und Proteststreiks. Schließlich wurde eine deutlich abgeschwächte Notstandsgesetzgebung am 30. Mai 1968 auch mit der Mehrheit der Stimmen der SPD-Fraktion verabschiedet.

Was bei einem tatsächlichen Notstand passieren kann, verdeutlichte der damalige Hamburger Polizeisenator Helmut Schmidt am 17. Februar 1962. In der Nacht hatte eine verheerende Sturmflut Norddeutschland heimgesucht. Zahlreiche Deiche brachen, das Wasser überflutete ein Sechstel der Fläche Hamburgs, wo alleine 315 Menschen den Tod fanden. Tausende wurden binnen Minuten obdachlos, verloren im Hochwasser ihr Hab und Gut. Angesichts der dramatischen Situation bat Helmut Schmidt kurz entschlossen die Bundeswehr um Unterstützung, die kurz darauf mit Hubschraubern, Booten, Pionieren, Wolldecken und Lebensmitteln vor Ort war. Was damals vermutlich viele Menschenleben rettete, war aber zu dem Zeitpunkt schlicht verfassungswidrig. Laut Grundgesetz durfte das Militär – aus gutem Grund – keine Aufgaben im Inneren übernehmen. Zwanzig Jahre später sagte Schmidt selbst dazu: „[...] wir haben am Grundgesetz vorbei operiert. Es war ein übergesetzlicher Notstand.“

Und ein in späteren Jahren innigster Gegner von Helmut Schmidt – Franz Josef Strauss – musste im Nachgang der sogenannten „Spiegel-Affaire“ vom Oktober 1962 seinen Hut

Herausgegeben von der
IG Metall Stuttgart

V.i.S.d.P./Verantwortlich nach § 18 Abs. 2 MStV:
Nadine Boguslawski,
1. Bevollmächtigte IG Metall Stuttgart,
Theodor-Heuss-Str. 2,
70174 Stuttgart,
Kontakt: stuttgart@igmetall.de



als Verteidigungsminister nehmen. Nachdem sich das Hamburger Magazin in einem Artikel mit dem Titel „Bedingt abwehrbereit“ kritisch mit der Militärstrategie von Strauss und Kanzler Adenauer auseinandergesetzt hatte, durchsuchten Beamte des Bundeskriminalamts die Redaktionsräume und nahmen im Folgenden den Herausgeber Rudolf Augstein sowie eine Reihe von Redakteuren fest, von denen etliche in Untersuchungshaft genommen wurden, Augstein selbst sogar über drei Monate.

Die öffentlichen Proteste waren massiv, von den Universitäten bis in die Betriebe und trugen maßgeblich zum Ende der Regierung Adenauer 1963 bei. Im Nachgang hat das Bundesverfassungsgericht in einem Urteil von 1966 die Pressefreiheit und ihren notwendigen Schutz durch den Rechtsstaat in einer Deutlichkeit, definiert, die bis heute in der politischen Kultur Deutschlands nachwirkt.

Wirtschaftlich geht es in den 60er Jahren weiter aufwärts. Das Bruttoinlandsprodukt wächst zwischen 1962 und 1969 – einschließlich der Rezession von 1967 – jahresdurchschnittlich um 4,4%. Ihr, die Metallerinnen und Metaller, setzt 1962 6% Tarifierhöhung durch sowie eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit von 44 auf 42,5 Stunden. Einschließlich der Arbeitszeitverkürzung steigt der Bruttostundenlohn eines Arbeiters in der Metall- und Elektroindustrie um fast 10%.

Der Urlaub wird um 3 bis 5 Tage verlängert, wobei sich die Urlaubsdauer nicht mehr nach der Betriebszugehörigkeit, sondern nach dem Lebensalter richtet. Die Tarifpolitik trägt wesentlich zur Steigerung der Massenkaukraft bei, was wiederum die Binnennachfrage stärkt. 34% der bundesdeutschen Haushalte besitzen 1962 bereits eine Waschmaschine, ebenso viele einen Fernseher – Fernsehen war scheinbar genauso wichtig wie saubere Wäsche. Und genau 27,3% besitzen sogar schon ein Auto, mit dem sie einmal im Jahr für ein paar Tage in den Urlaub fahren, am liebsten nach Österreich und über den Brenner nach Italien. Mein Vater hatte 1962 auch sein erstes Auto, einen DKW Junior, mit dem wir allerdings nicht nach Italien, sondern zu Oma und Opa ins Siegerland gefahren sind. Auch das war ein großes Abenteuer.

Die Automobilindustrie wächst enorm, 1962 ist Deutschland nach den USA bereits der zweitgrößte Autohersteller der Welt, wobei damals bereits 50% der Autos in den Export

Herausgegeben von der
IG Metall Stuttgart

V.i.S.d.P./Verantwortlich nach § 18 Abs. 2 MStV:
Nadine Boguslawski,
1. Bevollmächtigte IG Metall Stuttgart,
Theodor-Heuss-Str. 2,
70174 Stuttgart,
Kontakt: stuttgart@igmetall.de



gingen. Das gilt insbesondere für Mercedes und Porsche. Der Star ist 1962 der Mercedes 300 SE mit 160 PS, sagenhaften 200 Stundenkilometer Spitze, Automatikgetriebe, Servolenkung und Luftfederung. Aber auch das Stuttgarter Porschewerk steigert seinen US-Export von 2978 Wagen 1960 auf bereits 3300 vorbestellte Autos für 1962. Es beginnt der Siegeszug der europäischen Sportwagentradition auf dem amerikanischen Markt. Und es gibt genug zu Essen – mehr als genug. An die Stelle der Mangelernährung der unmittelbaren Nachkriegsjahre tritt zunehmend das Phänomen der sogenannten Überernährung, um nicht zu sagen Fettsucht, was das Bundesministerium für Ernährung 1962 zum Anlass für eine erste Aufklärungskampagne über gesunde Ernährung nimmt. 1962 wird er erstmals in der britischen Modezeitschrift „Vogue“ abgebildet - der Minirock - und löst zunächst einen Skandal aus. Konservative Kreise und natürlich die Kirchen gehen auf die Barrikaden – vergeblich. Der Minirock wird zum Emanzipationssymbol für eine neue Generation selbstbewusster junger Frauen, die sich ihren Lebensstil nicht länger von den Alten vorschreiben lassen wollen.

Kolleginnen und Kollegen,
in unserer gemeinsamen Erinnerung sind die 50er und 60er Jahre untrennbar mit dem Begriff des „Wirtschaftswunders“ verbunden. Wirtschaftswissenschaftler bezeichnen diese Phase gerne als das „Goldene Zeitalter“, was, gemessen an den damals ungleich härteren Arbeits- und Lebensbedingungen in euren Ohren wie blanker Hohn klingen muss. Die Ökonomen meinen mit dieser Bezeichnung den Zusammenhang aus Produktivitätssteigerung durch technischen Fortschritt, wodurch trotz begrenzter Ressourcen unbegrenztes Wachstum möglich wurde, das auf alle Bevölkerungsschichten verteilt werden konnte. Ab Mitte der 50er Jahre wurde deshalb Wirtschaftswachstum zum wichtigsten Ziel aller westlichen Regierungen – und in der Logik der Systemkonkurrenz auch der Sowjetunion.

1961 verkündete die OECD das Ziel, das gemeinsame Bruttosozialprodukt bis Ende des Jahrzehnts um 50% zu steigern. Woraufhin Chruschtschow unter der Überschrift „Einholen und Überholen“ das Ziel ausgab, das Bruttoinlandsprodukt der UdSSR innerhalb von 20 Jahren um 500% zu steigern.

Herausgegeben von der
IG Metall Stuttgart

V.i.S.d.P./Verantwortlich nach § 18 Abs. 2 MStV:
Nadine Boguslawski,
1. Bevollmächtigte IG Metall Stuttgart,
Theodor-Heuss-Str. 2,
70174 Stuttgart,
Kontakt: stuttgart@igmetall.de



Alle Staaten beurteilten ihren Erfolg danach, inwieweit sie ihre Bevölkerung mit einem ständig wachsenden Angebot an Konsumgütern und immer besseren öffentlichen Dienstleistungen versorgen konnten. Familien maßen ihren Wohlstand am steigenden Haushaltskonsum, die Privatwirtschaft entwickelte immer neue Produkte für ständig wachsende Märkte, unterstützt durch staatlich finanzierte Infrastruktur, Bildung und Sozialleistungen. Staat, Haushalte und Unternehmen definierten sich über Wirtschaftswachstum, die ganze Gesellschaft war auf Wachstum ausgerichtet.

Wobei die Ökonomen bei der Beschreibung dieses Goldenen Zeitalters gerne unterschlagen, dass insbesondere die Verteilung des Kuchens auf alle keinesfalls eine wirtschaftliche Gesetzmäßigkeit war, sondern weitgehend Ergebnis eurer solidarischen gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen und Kämpfe. Euer gewerkschaftliches Engagement war ein wesentlicher Grundpfeiler eines Wirtschaftswachstums, vom dem wir in der Infrastruktur noch heute zehren.

Erst 1972, in unserem dritten heutigen Jubiläarjahr, wurde dieses Wachstumsparadigma erstmals ernsthaft in Frage gestellt. Damals veröffentlichte ein Wissenschaftlerteam unter Leitung des amerikanischen Ökonomen Dennis Meadows im Auftrag einer Denkfabrik namens Club of Rome einen Forschungsbericht mit dem geradezu skandalösen Titel „Die Grenzen des Wachstums“. Darin vertraten die Autoren die provozierenden Thesen, dass das Wirtschaftswachstum zunehmend an die Grenzen der natürlichen Ressourcen stoße, dass die Erschöpfung der Ressourcen gemeinsam mit der Umweltverschmutzung dem Wachstum in den nächsten hundert Jahren ein Ende setzen würde, was wahrscheinlich den Zusammenbruch der Nahrungsmittelproduktion und damit der menschlichen Zivilisation zur Folge hätte. Wenn wir nicht rechtzeitig umsteuern. Ich komme später noch einmal darauf zurück.

Zunächst aber muss der Blick auf das Ereignis in Deutschland im Jahr 1972 gehen – die olympischen Sommerspiele in München. Ich habe damals als noch nicht ganz 14-jähriger mit meinen Eltern und vier Geschwistern in München gelebt. Schon in den Jahren davor haben wir uns die Nasen platt gedrückt an den Astlöchern der Bauzäune zu den gewaltigen Schächten der neuen U-Bahn. Alles war damals Aufbruch und Fortschritt und bis auf ein paar Grantler, die es immer schon gab, ganz ohne Wutbürger, die gegen U-

Herausgegeben von der
IG Metall Stuttgart

V.i.S.d.P./Verantwortlich nach § 18 Abs. 2 MStV:
Nadine Boguslawski,
1. Bevollmächtigte IG Metall Stuttgart,
Theodor-Heuss-Str. 2,
70174 Stuttgart,
Kontakt: stuttgart@igmetall.de



Bahn, Olympiadorf oder das futuristische Zeltdach des Olympiastadions demonstriert hätten. Als unsere Familie während der ersten Tage der Spiele zusammen mit Sportlerinnen und Sportlern aus aller Welt durch das Olympiadorf spazierte, ging die spätere Olympiasiegerin im Hochsprung, Ulrike Meyfarth wenige Schritte vor mir. Wow, würde man heute sagen und mindestens ein Selfie auf den sozialen Medien posten, aber die gab es damals ja noch nicht. Ganz München strahlte in diesen Tagen im Glanz von Modernität, Freiheit und freundlicher Weltoffenheit.

Bis zu jenem 5. September, dem Tag des fürchterlichen Anschlags der palästinensischen Terrorgruppe Schwarzer September auf die israelische Olympiamannschaft. Niemand hatte in diesen wunderbaren Tagen damit gerechnet, die Polizei war völlig überfordert und der bekannte Ausgang eine Katastrophe – in erster Linie natürlich für die Opfer und deren Angehörige. Beschämend genug, dass die Frage von Verantwortung und Entschädigung erst vor wenigen Wochen anlässlich des 50. Jahrestags des Anschlags einvernehmlich geklärt werden konnte. Zufälligerweise hatten 1972 meine Mutter und ich – die beiden Leichtathletikfreaks in der Familie – Eintrittskarten für eben jenen Tag, an dem der damalige IOC-Präsident Avery Brundage bei der Trauerfeier für die Opfer des Attentats, im Olympiastadion die berühmten Worte sprach „The games must go on.“ Noch heute bekomme ich eine Gänsehaut, wenn ich nur daran denke, auch wenn viele diese Entscheidung im Nachhinein für falsch hielten.

Dass die deutsche Polizei so unvorbereitet war scheint umso unverständlicher, als die deutsche Terrororganisation RAF – die Rote Armee Fraktion – bereits im Mai 72 ihre selbst so bezeichnete Mai-Offensive startete. Mit einem Bombenanschlag auf das Hauptquartier der US-Armee in Frankfurt, bei dem ein Soldat getötet und 13 Personen zum Teil schwer verletzt wurden. Es folgten unmittelbar Anschläge auf die Polizeidirektion Augsburg, den Dienstwagen eines Bundesrichters, das Axel Springer Gebäude in Hamburg und am 24. Mai auf das Hauptquartier der US-Streitkräfte in Europa in Heidelberg. Weil aber bereits im Juni im Ergebnis einer Großfahndung mit Andreas Baader, Ulrike Meinhoff, Gudrun Ensslin, Holger Meins, Jan-Carl Raspe und anderen die führenden Köpfe der RAF festgenommen wurden, konnten und wollten Politik und Sicherheitsbehörden die olympischen Spiele nicht unter den Bedingungen von Terrorabwehr stattfinden lassen.

Herausgegeben von der
IG Metall Stuttgart

V.i.S.d.P./Verantwortlich nach § 18 Abs. 2 MStV:
Nadine Boguslawski,
1. Bevollmächtigte IG Metall Stuttgart,
Theodor-Heuss-Str. 2,
70174 Stuttgart,
Kontakt: stuttgart@igmetall.de



Für die immer noch junge deutsche Demokratie war 1972 ein schwieriges Jahr. Fiel doch der Terror in die Phase der ersten sozialdemokratischen Kanzlerschaft unter Bundeskanzler Willy Brandt. Denn dieser hatte nicht nur die deutsche Ostpolitik durch das gemeinsam mit Egon Bahr entwickelte Konzept „Wandel durch Annäherung“ völlig neu ausgerichtet, sondern auch innenpolitisch unter dem berühmten Slogan „Mehr Demokratie wagen“ mehr Mitbestimmung auf allen gesellschaftlichen Ebenen angekündigt. Insbesondere Brandts Ostpolitik wurde von konservativen Kräften auf das Schärfste bekämpft. Am 12. August 1970 unterschreibt der Kanzler in Moskau den Moskauer Vertrag, mit dem die Bundesrepublik die Nachkriegsgrenzen und damit erstmalig den Verlust der ehemals deutschen Ostgebiete jenseits der Oder-Neiße-Grenze offiziell anerkennt.

Und als Brandt am 7. Dezember desselben Jahres in Warschau am Mahnmal für den Aufstand im Warschauer Ghetto nicht nur einen Kranz niederlegt, sondern für eine historische Minute auf Knien verharrt, gehen die Verrätterrufe bis weit in die christdemokratischen Parteien. 1971 kommt noch das Transitabkommen mit der DDR hinzu, das erstmals den ungehinderten Verkehr von bundesdeutschen Bürgerinnen und Bürgern nach Westberlin ermöglicht. Gegen diese Ostpolitik erzwingt die CDU/CSU – gestützt auf Überläufer der sozialliberalen Koalition – am 27. April 1972 ein konstruktives Misstrauensvotum im Bundestag – und scheitert. Wir saßen damals mit der ganzen Familie vorm Fernseher und haben das Ergebnis bejubelt.

Im Wahlkampf zur anschließenden Neuwahl war die bundesdeutsche Gesellschaft politisiert wie nie zuvor. Der Wahlkampf fand bei weitem nicht nur in Bierzelten und an Stammtischen statt. Wir haben in der Schule Wahlkampf gemacht, in den Vereinen, in den Familien. Im Ergebnis führte Willy Brandt die SPD am 19. November 1972 mit 45,8% der Zweitstimmen zum größten Wahlsieg ihrer Geschichte – und musste doch wegen des Kanzleramtsspions Günther Guillaume am 7. Mai 1974 zurücktreten.

Auch in der Weltpolitik stehen die Zeichen 1972 auf Entspannung. Richard Nixon besucht am 21. Februar als erster US-Präsident die Volksrepublik China und trifft sich dort zu Gesprächen mit Mao-Tse-Tung und Chou En Lai. Nixons einwöchiger Besuch in Moskau

Herausgegeben von der
IG Metall Stuttgart

V.i.S.d.P./Verantwortlich nach § 18 Abs. 2 MStV:
Nadine Boguslawski,
1. Bevollmächtigte IG Metall Stuttgart,
Theodor-Heuss-Str. 2,
70174 Stuttgart,
Kontakt: stuttgart@igmetall.de



Ende Mai führt zur Unterzeichnung des SALT-Vertrags und damit zur ersten vertraglichen Rüstungsbegrenzung zwischen den USA und der Sowjetunion. Am 8. Oktober schließlich unterschreiben Henry Kissinger und Le Duc Tho in Paris einen ersten Waffenstillstand im grauenhaften Vietnamkrieg, der allerdings erst 1975 mit dem amerikanischen Abzug endet.

Im Hinblick auf unser Kerngeschäft – Mitbestimmung und Tarifpolitik – traten im Januar 1972 zwei Entscheidungen in Kraft. Das reformierte Betriebsverfassungsgesetz, das zwar einige Fortschritte enthielt, aber im Kern die betriebliche Mitbestimmung – bis heute – auf soziale Themen begrenzt und die wirtschaftliche Entscheidungshoheit auf Arbeitgeberseite belässt. Im abschließenden Urteil der IG Metall dazu hieß es: „[...] dass trotz ermutigender Rechtsfortschritte [...] die Gegenströmungen auf Arbeitgeberseite und der hinhaltende Widerstand reaktionärer Kräfte nicht übersehen werden dürfen.“

Und es gab im Januar 1972 in der Metall- und Elektroindustrie eine Tarifierhöhung von 7,5% bei einer Laufzeit von 12 Monaten, ein Ergebnis, das im Lauf des Herbstes 1971 in einer harten Tarifauseinandersetzung errungen wurde. Ursprünglich hatten wir 11% gefordert, was die Arbeitgeber rundweg abgelehnt hatten. Am 17. Oktober 1971 wurde das Scheitern der Verhandlungen festgestellt, einen Schlichtungsspruch vom 2. November lehnten die Arbeitgeber ab, woraufhin der Vorstand der IG Metall in Baden-Württemberg zur Urabstimmung aufrief: 89,6% für Streik. In den folgenden Tagen kam es zu zahlreichen Schwerpunktstreiks: Am 22. November legten etwa 55.000 Kolleginnen und Kollegen bei Daimler-Benz, Audi-NSU und bei Graubremse in Heidelberg die Arbeit nieder. Am Tag darauf folgten weitere 60.000 Beschäftigte in 76 Betrieben. Daraufhin beschloss die Arbeitgeber Aussperrungen in großem Stil: In über 530 Betrieben wurden über 300.000 Kolleginnen und Kollegen ausgesperrt. Hinzu kamen etwa 100.000 Beschäftigte vor allem bei Automobilzulieferern, die mangels Arbeit „kalt“ ausgesperrt wurden und nach einer Entscheidung der Bundesanstalt für Arbeit gemäß §116 des Arbeitsförderungsgesetzes kein Kurzarbeitergeld erhielten. Mit der Begründung, dass „nach allgemeiner Erfahrung“ auch diese Kolleginnen und Kollegen von den Ergebnissen des Streiks profitieren würden.

**Herausgegeben von der
IG Metall Stuttgart**

V.i.S.d.P./Verantwortlich nach § 18 Abs. 2 MStV:
Nadine Boguslawski,
1. Bevollmächtigte IG Metall Stuttgart,
Theodor-Heuss-Str. 2,
70174 Stuttgart,
Kontakt: stuttgart@igmetall.de



Am 2. Dezember kassierte der Verwaltungsrat der Bundesanstalt diese Entscheidung und bewilligte die Zahlung von Arbeitslosen- bzw. Kurzarbeitergeld an die „kalt“ Ausgesperrten. Diese Entscheidung wurde allerdings vom Landessozialgericht Baden-Württemberg am 27. November 1972 als rechtswidrig eingestuft. Schlichtungsversuche, auch eine Intervention des Bundeskanzlers, blieben ohne Erfolg. Aber der Protest gegen die massenhafte Aussperrung wurde lauter. Allein in Stuttgart demonstrierten am 8. Dezember 1971 45.000 Kolleginnen und Kollegen gegen die Politik der Arbeitgeber. An jenem Tag rief unser legendärer Bezirksleiter Willi Bleicher den Demonstrierenden den berühmten Satz zu: „Und wenn die Welt voll Teufel wär`, wir werden`s doch erzwingen!“

Nur zwei Tage später, am 10. Dezember einigten sich die IG Metall und die Arbeitgeber auf das genannte Ergebnis plus eine Einmalzahlung von 180 D-Mark netto sowie die Absicherung des 13. Monatsgehalts auf bis zu 40% eines Monateinkommens. Nach diesem – seinem letzten – großen Kampf ging Willi Bleicher 1972 in den Ruhestand. Sein Nachfolger wurde, ihr wisst es alle, Franz Steinkühler.

Und einer darf natürlich bei einer Rede im Raum Sindelfingen über das Jahr 1972 nicht unerwähnt bleiben, der legendäre W 116. Mit den Typen 280 S und 280 SE etablierte die damalige Daimler-Benz AG im September 1972 offiziell die S-Klasse im Markt, bis heute meines Wissens die profitabelste Baureihe des Konzerns. Ich habe natürlich mal kurz gegoogelt: Für Exemplare der Baujahre 1972 bis 1974 werden heute noch Preise zwischen 10 und 20.000 Euro aufgerufen, teilweise noch mehr. Man kann also Autos bauen, die 50 Jahre halten.

Insgesamt waren die frühen 70er Jahre eine sehr widersprüchliche Zeit. Wunderschöne olympische Spiele – überschattet von einem brutalen Anschlag. Mehr Demokratie wagen – und der Terror der RAF. Wirtschaftlich zeichnete sich irgendwie ab, dass die Wirtschaftswunderjahre vorbei waren. Nur, wie sollte es weitergehen?

Einerseits, ich komme darauf zurück, Dennis Meadows und die Grenzen des Wachstums, ein Bericht, der in der Politik durchaus ein positives Echo fand. Ich zitiere:
„Man sollte daraus die Lehre ziehen, dass es insgesamt schon viel später ist, als wir denken möchten. Maßnahmen, die wir heute ergreifen, werden unheilvolle Prozesse

Herausgegeben von der
IG Metall Stuttgart

V.i.S.d.P./Verantwortlich nach § 18 Abs. 2 MStV:
Nadine Boguslawski,
1. Bevollmächtigte IG Metall Stuttgart,
Theodor-Heuss-Str. 2,
70174 Stuttgart,
Kontakt: stuttgart@igmetall.de



unter Umständen erst in Jahren unter Kontrolle bringen können. Es geht um nicht weniger als darum, den Zusammenbruch unseres ökologischen Systems zu verhindern. Wir werden unseren Scharfsinn in steigendem Maße darauf verwenden müssen, wie wir von einer bloßen Wachstumsmaximierung zu einer ausgewogenen Wachstumsoptimierung gelangen können. Oder, mit anderen Worten, zu besseren Lebensbedingungen.“ So Bundeskanzler Willy Brandt in einer Rede vor Nobelpreisträgern am 26. Juni 1972 in Lindau. Auch innerhalb der IG Metall wurde der Bericht intensiv diskutiert.

Andererseits setzte sich nach Ölpreiskrise und Stagflation 1974 sowohl in der wirtschaftswissenschaftlichen als auch in der politischen Debatte zunehmend die Position durch, dass nicht das Wachstum an sich das Problem sei, sondern ganz im Gegenteil die Begrenzung des Wachstums durch Steuern und sozialstaatliche Eingriffe. Mit der Botschaft „Alles wird gut, wenn nur die Märkte von den Fesseln der Politik befreit würden“, betrat der Neoliberalismus erfolgreich die Bühne. Und wurde unter dem Slogan „Leistung muss sich wieder lohnen“ aus der Regierungserklärung des frisch gewählten CDU-Bundeskanzlers Helmut Kohl 1982 für die folgenden Jahrzehnte gewissermaßen Staatsdoktrin.

Und heute, 50 Jahre nach 1972? Heute haben wir, 30 Jahre nach dem Zerfall des Sowjetimperiums, nach deutscher Wiedervereinigung und dem Ende des Kalten Krieges einen neuen Ost-West-Konflikt. Zumindest formuliert das so der russische Staatspräsident Wladimir Putin. Er stilisiert den brutalen, völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine zu einer Art Vorwärtsverteidigung gegen westlichen Imperialismus und Faschismus – mit den USA als organisierendes Zentrum. Sein Ziel ist nichts weniger als ein neues russisches Großreich in den territorialen Grenzen der ehemaligen Sowjetunion. Bundeskanzler Olaf Scholz hat den russischen Überfall auf die Ukraine und die offene atomare Bedrohung des gesamten Westens zurecht als „Zeitenwende“ beschrieben. Allerdings versuchen nicht wenige Historiker und Politiker unter dieser Überschrift – Zeitenwende – gleich die gesamte Ostpolitik seit Anfang der 70er Jahre, friedliche Koexistenz, Wandel durch Annäherung, den gesamten Grundansatz von Entspannungspolitik als historischen Fehler zu entsorgen.

Herausgegeben von der
IG Metall Stuttgart

V.i.S.d.P./Verantwortlich nach § 18 Abs. 2 MStV:
Nadine Boguslawski,
1. Bevollmächtigte IG Metall Stuttgart,
Theodor-Heuss-Str. 2,
70174 Stuttgart,
Kontakt: stuttgart@igmetall.de



Ich halte das für falsch und fahrlässig. Falsch, weil die Entspannungspolitik eine unverzichtbare Voraussetzung war, sowohl für die Entstehung von Bürgerbewegungen und letztlich für die friedliche Revolution in der DDR, als auch dafür, dass der damalige Staats- und Parteichef der UdSSR, Michail Gorbatschow, dies zulassen konnte.

Und fahrlässig, weil Wladimir Putin diesen Krieg zwar nicht gewinnen darf, deshalb aber Russland vermutlich nicht einfach von der Landkarte verschwinden wird. Es wird nach diesem Krieg über kurz oder lang auch ein nach-Putin-Russland geben, mit dem wir als großem europäischen Nachbarn weiterleben müssen. Dafür wird auch bei uns ein Wandel nötig sein. Denn es ist doch kein Zufall, dass sich viele Entwicklungs- und Schwellenländer weigern, den russischen Angriffskrieg offen zu verurteilen und mit Russland keinen Handel mehr zu treiben, sondern sich im Gegenteil gerne mit günstigem russischem Öl und Gas versorgen. Haben sie doch die ökonomische – und militärische – Überlegenheit des Westens auch Jahrzehnte nach dem offiziellen Ende des Kolonialismus nicht wirklich als partnerschaftlich und auf Augenhöhe erlebt. Putins Gerede vom imperialistischen Westen fällt hier durchaus auf fruchtbaren Boden. Wir müssen schlicht aufhören, den Rest der Welt nur als eine Mischung aus billigem Rohstofflieferant, verlängerter Werkbank zu Billigstlöhnen und Abnehmer für unsere Industrieprodukte zu betrachten. Eigentlich nur dazu da, um unser eigenes Wirtschaftswachstum zu steigern.

Ein letztes Mal „Die Grenzen des Wachstums“ von 1972, der ja vorausgesagt hatte, dass in hundert Jahren die Zivilisation zusammenbricht, wenn wir so weitermachen. Australische Forscher haben erst jüngst nachgerechnet, dass wir heute, 50 Jahre später – bei allen Fehlannahmen des Berichts, z.B. hinsichtlich der Erdölreserven – ziemlich genau im Zeitplan der Prognose liegen, um es salopp zu sagen. Insbesondere die Rohstoffe für die nur vermeintlich virtuelle Informationsgesellschaft, nämlich Lithium, Nickel, Kupfer, Kobalt, Mangan, Grafit und seltene Erden werden heute in einer Geschwindigkeit ausgebeutet, bei der es durchaus fraglich ist, ob das noch 50 Jahre gut geht. Nur ein Narr könnte im Jahr 2022 noch bestreiten, dass wir unseren Naturverbrauch drastisch zurückfahren müssen, wenn wir als Menschheit überleben wollen. Ziel unseres Wirtschaftens kann nicht mehr das größtmögliche Wachstum sein, sondern die bestmögliche Versorgung aller Menschen in den Grenzen, die uns unser Planet nun

Herausgegeben von der
IG Metall Stuttgart

V.i.S.d.P./Verantwortlich nach § 18 Abs. 2 MStV:
Nadine Boguslawski,
1. Bevollmächtigte IG Metall Stuttgart,
Theodor-Heuss-Str. 2,
70174 Stuttgart,
Kontakt: stuttgart@igmetall.de



einmal setzt. Also Autos, die 50 Jahre halten, gebaut aus Stahl, der auf Wasserstoffbasis produziert wird, mit Strom, der aus Sonne und Windkraft kommt und das alles in deutlich kürzerer Arbeitszeit. Wir können das!

Liebe Jubilarinnen und Jubilare,

Ihr habt mit euren jahrzehntelangen Auseinandersetzungen und Kämpfen für gerechte Löhne, für gerechte Verteilung den Grundstein dafür gelegt, dass so etwas wie Postwachstum überhaupt denkbar ist. Denn nur, wenn wir das, was unsere Erde hergibt, gerecht verteilen, ist genug für alle da. Es kann nicht sein, dass eine Handvoll Milliardäre über so viel Vermögen verfügt wie die Hälfte der Menschheit zusammen. Dass die reichsten zehn Prozent der Weltbevölkerung so viel Energieverbrauch für sich beanspruchen, wie die unteren 80 Prozent zusammen. Und es kann nicht sein, dass in unserem Land ein Prozent der Bevölkerung über ein Drittel des Volksvermögens verfügt, während die untere Hälfte gar kein Vermögen hat, buchstäblich von Monat zu Monat von der Hand in den Mund lebt. Dass bei uns die reichsten zehn Prozent so viel Energie verbrauchen wie die unteren 40 Prozent zusammen. Ohne das Luxusleben der Reichen hätten wir kein Energieproblem, nicht bei uns und nicht in der Welt. Genau darum muss die permanente Umverteilung von unten nach oben der letzten Jahrzehnte nicht nur beendet, sondern im besten Sinne des Wortes gewendet werden.

Der französische Ökonom Thomas Piketty beschreibt in einem aktuellen Aufsatz – wie ich finde – sehr treffend, was vor uns liegt. „Jeder Staat, und das war in der Geschichte nie anders, muss sich von Verpflichtungen seiner Vorgänger lösen können, wenn er dies für geboten hält – und vor allem dann, wenn sie den sozialen Frieden und das Überleben des Planeten gefährden. Dass ein solcher Weg leicht und vorgezeichnet sei, wäre eine unsinnige Behauptung. Im Gegenteil, es bleibt alles oder jedenfalls fast alles noch zu erfinden. Und bei alledem steht fest: Der Weg zur Gleichheit ist ein Kampf mit ungewissem Ausgang – und beileibe kein im Voraus abgesteckter Weg.“

Ihr, liebe Kolleginnen und Kollegen, habt euren Beitrag geleistet, den „Rest“ müssen die Jungen erledigen.

Herausgegeben von der
IG Metall Stuttgart

V.i.S.d.P./Verantwortlich nach § 18 Abs. 2 MStV:
Nadine Boguslawski,
1. Bevollmächtigte IG Metall Stuttgart,
Theodor-Heuss-Str. 2,
70174 Stuttgart,
Kontakt: stuttgart@igmetall.de



Ich wünsche jeder Einzelnen und jedem Einzelnen von Euch für die Zukunft alles Beste, vor allem Gesundheit. Und unserer IG Metall viel Mut und Kraft für die anstehenden Veränderungen und Auseinandersetzungen. Glückauf!

**Herausgegeben von der
IG Metall Stuttgart**

V.i.S.d.P./Verantwortlich nach § 18 Abs. 2 MStV:
Nadine Boguslawski,
1. Bevollmächtigte IG Metall Stuttgart,
Theodor-Heuss-Str. 2,
70174 Stuttgart,
Kontakt: stuttgart@igmetall.de